

# Schlesische Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preisverzeichn.: Einzelnummer 25 Pf. Durch Kurztäger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat, Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagsadresse: Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H. Dresden, Postfach Nr. 28 888, Bernauerstr. 8887.

Donnerstag, den 8. September 1921

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Millimeterzeile, ober deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk., Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Kellern: Die Millimeterzeile, ober deren Raum im Text 3.— Mk.

## Schwenkung gegen links.

## Worte von gestern.

### Die bayerische Reaktion verhöhnt die Reichsregierung.

Das Bezirkssekretariat der SPD. München hatte zum Sonntag, den 4. September, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Hilfsaktion für Sowjetrußland“ im Münchner Rindl-Keller einberufen. Als Referent war Genosse Malahahn angegeben. Der Münchener Polizeipräsident Pöhner verbot diese Versammlung, obwohl sie keinerlei politischen Charakter hatte. Darauf begab sich Genosse Malahahn selbst zum Präsidium und forderte die Genehmigung einer öffentlichen politischen Versammlung im Münchener Rindl-Keller mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland und die Aufgaben des Proletariats“. Malahahn forderte die Genehmigung und Platzierung der Versammlung mit der schriftlichen Begründung, daß er diese Versammlung in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter einberufe und auch dort selbst referiere. Die Antwort des Polizeipräsidenten Pöhner lautete, daß er auch diese Versammlung nicht genehmige. Er erklärte weiter, daß die Anwesenheit Malahahns in München nicht erwünscht sei und machte ihn auf die Folgen bei irgendwelcher propagandistischen Tätigkeit aufmerksam. Malahahn erklärte darauf, daß er es verstehe, wenn seine Anwesenheit vom Präsidium nicht erwünscht sei. Aber jedenfalls sei sie erwünscht von der arbeitenden Bevölkerung, und das genüge ihm.

Die Reaktion in Bayern tritt frecher auf denn je. Die Verordnungen der Reichsregierung werden geradezu verhöhnt. Trotz Verbot erscheinen der „Miesbacher Anzeiger“ und der „Böllische Beobachter“ lustig weiter und behaupten wie in bisheriger Weise die Regierung Wirth-Dauer. Gegenwärtig tagte auch der Parteitag der Deutschnationalen Partei im Löwenbräuteller in München. Diese mutigen Männer haben sich bis nach München geflüchtet, weil sie wohl mit Recht befürchteten, bei der gegenwärtigen Erregung der Arbeiterschaft aus den übrigen Städten Deutschlands herausgehauen zu werden. Unter dem Schutze der Kahr-Regierung und mit Zustimmung Pöhners finden öffentliche Versammlungen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten statt mit der Tagesordnung: Deutsche Rot und deutsche Zukunft, Referent: Behrend, M. d. R. und „Judenherrschaft und Ausbürgerung“, Referent: A. Hitler.

Um so schärfer wird von der Kahr-Regierung die Verfolgung der Kommunisten fortgesetzt. In wenigen Tagen wurden 30 000 Flugblätter für die Ruffenhilfe und 80 000 Flugblätter der Partei beschlagnahmt.

Anlässlich des Bauarbeiterstreiks in Südbayern, an dem etwa 20 000 Bauarbeiter beteiligt sind, wurden in Burghausen, Wülthdorf und Kraunstein Genossen der SPD. und USPD. verhaftet und in Schutzhaft gebracht, nur weil sie in den Streikversammlungen zu den Streikenden sprachen.

Angesichts der maßlosen Hege und Verfolgungen der Arbeiter und des provokatorischen Auftretens der Konterrevolution ist es ein Gebot der Stunde, die Einheitsfront der Arbeiter herzustellen und im Kampfe die aufregendsten Forderungen zu verwirklichen. Auch in Bayern werden sich die Arbeiter, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen der Kahr, Pöhner und Konsorten, nicht abhalten lassen, mit vereinten Kräften auch die Hochburg der Konterrevolution zu bezwingen.

### Auch Württemberg treibt Kahr-Rott.

Die Sammlung der Reaktion gegen das Proletariat geht auch in Württemberg mit Riesenschritten vor sich. Der Staatspräsident Hieber erteilte nach der Mittwochdemonstration der Verhandlungskommission eine nichtsagende Antwort. SPD. und USPD. betrachten diese Aktion als beendet. Sie geben sich mit Hiebers Phrasen zufrieden, der erklärte, den Forderungen der Demonstranten sympathisch gegenüber zu stehen und das auch von seinen übrigen Ministerkollegen sagen zu können. Der Justizminister Holz hielt am Sonntag, den 4. September, anlässlich einer Gedächtnisfeier für Erzberger eine Rede, die nichts weniger als eine Fanfare der württembergischen Reaktion bedeutet. Er erklärte, daß man auf Grund der Reichsverfassung den Kampf einmütig gegen rechts führe. Weiter sagte er: Die Regierung muß alles daran setzen, um die Verfassung zu erhalten. Es ist der Ruf durch die Presse gegangen: Die Republik ist in Gefahr! Ich möchte von diesem Standpunkt sagen: Die Verfassung ist in Gefahr. Die Frage der Republik spielt eine untergeordnete Rolle. Wir stehen gegen jeden Versuch, die Republik zu beseitigen. Es ist aber unseren Freunden unbenommen, zu wünschen, es möge die Monarchie wieder kommen. Davon hängt unser Wohl und

Wehe nicht ab, ob Republik oder Monarchie. Unabhängige und Sozialdemokraten kommen sich immer näher im Kampf, den die Rechte ausgenutzt hat. Das ist für die bürgerlichen Parteien kein erfreuliches Ereignis.

Holz stellt sich mit dieser Erklärung auf den Boden der Ausführungen, die der Deutsche Volkspartei Dr. Kahl im Ueberwachungsausschuß gemacht hat. Die Rede des Justizministers Holz zeigt das wahre Gesicht der württembergischen Regierung. Die Kommunisten werden nicht unversucht lassen, den Kampf für die Forderungen der Mittwochdemonstration mit aller Schärfe weiter zu führen. Wenn SPD. und USPD. die Kampagne als erledigt betrachten, so zeigen sie, daß sie in einer Front stehen mit der Regierung Hieber-Holz. Die Arbeiter dieser Parteien dürfen sich nicht länger mit leeren Versprechungen abspeisen lassen, sondern müssen mit den Kommunisten zusammen den Kampf führen.

### Die Kommunistenhege beginnt wieder.

(Eig. Drahtm.) Halle, den 6. September.  
Der Vorsitzende der Freien Arbeiterunion Hammer — die Union sagt gegenwärtig in Halle — wurde am Dienstag früh in seinem Hotel von der Kriminalpolizei ohne Angabe von Gründen verhaftet.

### Die „Rote Fahne des Ostens“ verboten.

Königsberg, 5. September.  
Die „Rote Fahne des Ostens“ ist durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Lubring auf drei Tage verboten, da in einem Artikel über Wirth und Kahr die Reichsregierung der Verhängung mit der offenen Konterrevolution bezichtigt worden sein soll. In dem betreffenden Artikel sind lebhaft jedem Kind bekannte Tatsachen aufgezählt worden, die auch durch das Verbot der Zeitung nicht beseitigt werden können.

### Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ angedroht.

Dreslau, 5. September.  
Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Breslau, Herr Ziehermann, hat der „Schlesischen Arbeiterzeitung“, dem Breslauer Organ unserer Partei, ein Schreiben zugesandt, in dem er androht, die Zeitung zu verbieten. Er sieht den Grund einer solchen Maßnahme in folgenden Sätzen: „Eine tiefe Erbitterung im Volke gegen die räuberischen Steuerpläne der Regierung Wirth-Dauer“; „Entweder mit den Reichen und ihrer Regierung die Armen weiter auslaugen und bedrücken oder zur Einberung der Massenentwaffnung und rücksichtslos den Kampf gegen die Bourgeoisie und deren Herrschaft aufnehmen. Dieser Kampf kann nicht in parlamentarischen Schwaßbüben durch Vertreter ausgesprochen werden. Ihr selbst müßt ihn führen in Betrieben usw.“ Herr Ziehermann spricht gnädig davon, für diesmal von Maßnahmen abzulassen, will aber im Wiederholungsfall mit Beschlagnahme und zeitweisem Verbot des Blattes vorgehen. Ein Sozialdemokrat, der den Kampf gegen die Bourgeoisie verbieten will. Kommentar überflüssig.

### Der internationale Jugendtag in Magdeburg verboten.

Magdeburg, 5. September.  
Der von der kommunistischen Jugendinternationale am 4. September in der ganzen Welt veranstaltete Jugendtag erregte dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Krüger in Magdeburg für so gefährlich, daß er ihn mit der Begründung, daß die kommunistische Partei eine Umwälzung der durch die Verfassung begründeten Republik erstrebt, verboten hat. Besonders bemerkenswert ist es, daß er seine Unverdröckungsmaßnahme gegen die Kommunisten damit verteidigen zu können glaubt, daß „monarchistisch gesonnene“ Kreise diese Veranstaltung dazu benutzen könnten, um Gewalttätigkeiten herbeizuführen. Wenn Herr Krüger immer nach diesem Grundsatze verfahren wird, so hätte er auch die Demonstrationen am letzten Mittwoch verbieten müssen, da dort dieselbe Gefahr vorlag. Es erübrigt sich, über diese sonderbare Praxis eines sogenannten Sozialdemokraten noch weitere Worte zu verlieren.

### Zum Arbeiterwort in Koburg.

(Eig. Drahtm.) Koburg, 5. September.  
Die sozialistischen Betriebsräte beschloßen, von einem Generalstreik als Antwort auf die blutigen Vorgänge am Sonntag abzusehen. Der bei der Schießerei Verwundete Sander Steinmeyer ist heute Nacht seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse nicht in zwölfster Stunde ernstlich den Massenkampf gegen die Konterrevolution auf der ganzen Linie durchführt, dann wird sie am Ende dieser Woche dort stehen, wo sie 8 Tage nach der Unterzeichnung des Eislebener Abkommens stand. Die Reichsregierung steht unter dem schärfsten Druck der Reichsparteien. Sie hat die Front; die sie in den ersten Tagen gegen die Monarchisten bezogen hatte, abgegeben und ist gegen die Kommunisten in Stellung gegangen. Die Verbote über die nationalistischen Blätter wurden innerhalb weniger Stunden aufgehoben, von einer Kampfstellung gegenüber Bayern ist nicht mehr die Rede. Die Reichsregierung wagt es nicht, über die bayerische Regierung hinweg ihren Maßnahmen im Reiche Boehners Geltung zu verschaffen. Sie läßt erklären, daß von Berlin aus ohne vorherige Verhandlungen mit München der Ausnahmezustand in Bayern nicht aufgehoben wird und wendet sich an die bayerische Regierung mit dem Ersuchen (!), die „München-Augsburger Abendzeitung“ für angemessene Zeit zu verbieten. Kahr läßt demgegenüber erklären, daß er gar nicht daran denkt, der Berliner Regierung irgendwie sich zu unterwerfen. In dieser Situation, in der die Reichsregierung nur durch die Unterstützung der gesamten wertvollen republikanischen Bevölkerung gegenüber Kahr-Bayern sich durchsetzen könnte, nimmt die Regierung in ihrer Politik eine entscheidende Schwenkung vor. Sie eröffnet den Kampf gegen die Kommunisten. Eine kommunistische Zeitung nach der anderen wird verboten. Mit der „Halle'schen Tribüne“ hat es am Sonnabend begonnen. Darauf erfolgte das Verbot des Frankfurter „Kommunisten“. Heute meldet der Tagesabdruck ein dreitägiges Verbot der erst zweimal wieder erschienenen „Roten Fahne des Ostens“ in Königsberg. Außerdem hat der Breslauer Polizeipräsident unserem dortigen Organ das Verbot angekündigt. Die Nationalisten sind über diesen Frontwechsel der Reichsregierung zufrieden und Herr Stresemann bereitet die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung vor.

Die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften machen Rückzug und jede Schwenkung der Reichsregierung getreulich mit. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich immer wieder vor Augen halten, was die sozialdemokratische Presse schrieb unter dem frischen Eindruck der Ermordung des Abgeordneten Erzberger. Wir wollen nicht erinnern an den Aufsatz der „Sozialistischen Korrespondenz“, der offen die Fehler, die die Sozialdemokratie während der Revolution durch ihre Halbheiten und Schwächen und durch ihren schließlichen Verrat gemacht hat, einer bitteren Kritik unterzog. Wir haben damals bereits ernsthaften Zweifel in den Tatwillen der Sozialdemokratie gesetzt. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen fanden in den letzten Augusttagen sehr scharfe Worte gegen die Nationalisten und das System des Reichsmordes. Erinnern wollen wir nur an die Forderungen, die Otto Braun am 28. August im „Vorwärts“ aufstellte, als er schrieb:

„Starke Worte, Verschönerungen und Proteste sind hier nutzlos. Dazu ist die chauvinistisch-putschistische Verfeuchung bereits zu weit fortgeschritten. Hier kann nur die Tat helfen, nur durch brutale Rücksichtslosigkeit kann das Unheil in seinem Lauf noch aufgehalten, Deutschland vor einem blutigen Bürgerkrieg bewahrt werden.“

Es ist unerträglich für die Partei, daß ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister länger die Verantwortung für die Aufrechterhaltung wichtiger verfassungsmäßiger Rechte in Bayern und Ostpreußen trägt, die diese Gebiete zu Schlupfwinkeln der verbrecherischen nationalistischen Elemente macht und den bürgerlichen nationalen Gewalttätern die Möglichkeit gibt, den Kampf gegen die Republik zu fördern und das tafräftige Eintreten für Republik und Demokratie zu unterbinden.

Die Fortwursterei muß ein Ende haben. Sie führt uns unrettbar in einen Sumpf, in den die Partei nicht mitgerissen werden darf.“

Die SPD. und USPD. handelten in voller Uebereinstimmung und brachten diese zum Ausdruck in einer gemeinsamen Besprechung der Vertreter beider Parteileitungen, die am 27. August im Reichstage stattfand. Auf Grund dieser Besprechung wurde ein gemeinsames Handeln beider Parteien eingeleitet und darauf hingewiesen, daß vor allem die Arbeiterschaft selbst ihre Macht in Anwendung bringen und den reaktionären Provokationen entgegenzutreten muß. Die Arbeiterschaft wurde gleichzeitig aufgefordert zu demonstrieren

für Sicherung der Republik und der Volksrechte, für Aufhebung des Belagerungszustandes, insbesondere in Bayern, für energisches Vorgehen gegen die Konterrevolution in der Presse der Reichsparteien.

für Verhinderung der militarisch-nationalistischen Umbegungen,

für Demokratisierung der Verwaltung und Justiz.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der zunächst zögerte, zur politischen Lage offene Stellung zu nehmen, forderte schließlich am 31. August in einem Aufruf alle Arbeiter, Angestellte und Beamte auf, die Existenz der Republik zu sichern. In dem Aufruf hieß es wörtlich:

Scharf auch darum zusammen zum Schutz der demokratischen Republik. Vergeht, was euch sonst trennen mag. Sämtlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten vereinigt euch mit allen, die guten Willens sind. Die Widerwärtigen der Republik zurückdrängen, damit die Reaktion erkennen muß, daß sie einem geschlossenen Block des arbeitenden deutschen Volkes gegenübersteht."

Ueberflüssig zu erwähnen, daß das Schwesterorgan des "Vorwärts", die "Freiheit", in diesen Tagen bei ihrem jüngsten Alter entsprechenden höheren Töne fand.

Die USPD forderte in ihrem Aufruf am 28. August:

1. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die konterrevolutionären Förderbuben, ihren Hintermännern, Geldgebern und Helfershelfern! Freilassung der hinter Kerkermauern schmachtenden politischen Gefangenen!
2. Säuberung der Verwaltungskörper des Reichs und der Einzelstaaten von den reaktionären Elementen in der Bürokratie.
3. Demokratische Organisation der Reichswehr und Entfernung der konterrevolutionären Militärs aus den leitenden Stellen.
4. Aufhebung der Unabsetzbarkeit der Richter und Organisation der Rechtspflege auf der Grundlage der Richterwahl durch das Volk.

Zur besonderen Bekräftigung ihres Kampfwillens stellte die USPD. hinter diese Forderungen den Satz: "Das Proletariat muß mit allen Kräften immer wieder für diese Forderungen kämpfen, bis sie erfüllt sind." Die USPD forderte von der Regierung ein wirksames Programm zur Bekämpfung der reaktionären Gefahr und schrieb: "Die Arbeiterschaft aber wird dafür sorgen, daß dieser Kampf und mit diesem Kampf alle anderen nicht nur Sühne finden an den unmittelbaren Tätern, sondern auch an den verantwortlichen Urhebern. Wir wünschen keinen Terror und verurteilen individuelle Gewalttaten, aber die politischen Konsequenzen müssen mit Energie gezogen und die politische Macht endlich im Kampf gegen die Reaktion mobilisiert werden!"

Die kommunistische Partei hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß in Deutschland die politische Macht nur mit Hilfe der Mehrheit der Arbeiterschaft erobert und erhalten werden kann. Als die Schüsse auf Erzberger abgefeuert wurden, bestand sich das deutsche Proletariat in einem großen Wirtschaftskampfe, die zunächst noch auf Teilgebieten ausgefochten wurden. Das Loschlagen der Konterrevolution schweißte die Arbeiterschaft mit einem Schlag aneinander. Diese Einheit zu erhalten und ihre Schlagkraft zu steigern, war das Gebot der Stunde. Der zusammengehaltene Macht der Arbeiter konnte nichts widerstehen, wenn ihr Angriff auf ein bestimmtes Ziel gerichtet wurde. Die sozialdemokratischen Parteien hatten die oben wiedergegebenen Forderungen aufgestellt. Sie beschränkten sich jedoch darauf, die Erfüllung dieser Forderungen auf dem Verhandlungswege von der Reichsregierung zu erhandeln. Das ist eine Täuschung der Massen. Die Reichsregierung kann diese Forderungen nicht erfüllen, wenn die Massen selbst nicht auf den Plan treten.

Die Sicherung der Republik, die Verhinderung der nationalistischen Umdeutung und die Reinigung der Justiz und Verwaltung von monarchistischen Elementen ist nur unter unmittelbarer Mitarbeit der Arbeiter möglich. Die Kommunisten fordern deshalb die Einsetzung proletarischer Überwachungs-ausschüsse. Sie waren sich dabei völlig im Klaren, daß es sich hierbei nur um eine winzige politische Konzession an die Arbeiterschaft handelte. Die Überwindung der monarchistischen Konterrevolutionäre selbst konnte nur geschehen durch den Kampf der arbeitenden Massen.

Sie weit die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bereits von ihren ursprünglichen Forderungen abgekommen sind, zeigt eine Mitteilung der bürgerlichen Presse, nach der der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eine Anweisung an alle Ortsausschüsse hat ergehen lassen, daß sie sich die Partei der kommunistischen Partei betreffend die Überwachungs-ausschüsse nicht zu eigen machen dürfen. Die Arbeiterschaft mag nach diesem Vorgehen der Gewerkschaften selbst fragen, wer der Gewerkschaften der Arbeiter in den Händen fällt und den wirklichen Kampf gegen die Reaktion leitet. Die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften erachten es gegenwärtig als ihre vornehmste Aufgabe, eine planmäßige Dege gegen die Kommunisten zu führen. Wir sind sehr davon überzeugt, daß sowohl die Leiter der sozialdemokratischen Presse, wie auch die übrige Arbeiterschaft mit uns die tieferen Ursachen und Absichten, die hinter diesem Treiben stehen, erkennen, und sich mit Abscheu von dieser Verblüffend-politischen Abwendung werden. Die gesamte Reichspressen fordert die Regierung täglich zweimal auf, die kommunistischen Zeitungen zu verbieten. Wir werden Herrn Stadnauer keine Gelegenheiten geben, den § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. August gegen uns anzuwenden. Wir haben gerade in diesen Tagen den deutschen Arbeiter wichtige Dinge zu sagen. Sollte jedoch die kommunistische Presse unter der Gunst der Ausnahmeverordnung fallen, dann darf die deutsche Arbeiterschaft dies als ein Signal erkennen, das untrüglich die Richtung des Kampfes anzeigt.

Wir werden handeln, wenn wir den Zeitpunkt für gekommen erachten und nicht, wenn es den Räumern wie Hergt und Stresemann erwünscht ist. Den Arbeitern aber sagen wir: Seht euren Führern auf die Hände und nicht auf den Mund!

Es bleibt die Durchführung der von den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften aufgestellten Forderungen.

# Politische Uebersicht.

## Bayern provoziert weiter.

Das Verbot des Erscheinens der „München-Augsburger Abendzeitung“, das Reichsminister des Innern Dr. Stadnauer von der bayerischen Regierung telegraphisch verlangt hatte, ist bisher nicht ausgesprochen worden. Der bayerische Minister hat also scheinbar bisher keinen Anlaß gesehen, einzugreifen. Die „M. A. A.“ erhebt weiter und sie werden von den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gedeckt. Die „M. A. A.“ sind der Auffassung, daß der beanstandete Artikel durchaus nicht als ein Mißbrauch der Pressefreiheit betrachtet werden kann: „Unter dem Gesichtswinkel der Entwicklung der inneren Politik in Deutschland“, so schreiben die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ist die neue Besetzung und ihre Handhabung als eine sozialistische Offensive anzusehen, bei der Herr Wittich aus eigenem Interesse an der Erhaltung seiner Reichs-lanzlerische Vorspannung leistet. Nach dem alten Rezept wärmt die Mehrheitssozialdemokratie die Streitfrage föderalismus-Zentralismus in der alten verstaubten Form „Die Reich - die Bayern“ wieder auf, um in Bayern selbst Verwirrung zu schaffen und die Stellung der bayerischen Regierung zu erschüttern, in der sie den Gehirnen des Wiederaufbaus sieht. Sie bemüht dabei geschickt Vorhellen der Rechts-Ultras."

Soweit bekannt wird, hat die gekürzte Sitzung des bayerischen Ministerrates keine Entscheidung gebracht, sondern die Krise noch eher verschärft. Wie verlautet, soll der Belagerungszustand in Bayern nicht aufgehoben werden

und auch an ein Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung“, sowie gar an einen Rücktritt des Ministeriums Kahr - an den übrigens kein Mensch gedacht hatte - nicht zu denken sei.

Auf die Witten der Reichsregierung, auf die Verhandlungsversuche und Freundschaftserklärungen folgt eine kläffende Ohrfeige Kahr's.

Die Reichsregierung hat sich als ohnmächtig erwiesen, Kahrhähnen zum Gehorham zu zwingen. Wird die Arbeiterklasse die neue Provokation unbeantwortet lassen?

## Wie Wiesbad der Reichsregierung eine Nase dreht.

In dem zum Landbezirk München gehörenden Wiesbad ist am Dienstag, den 6. September, die Nr. 1 Jahrgang 1 des Wiesbacher Tagblatt im Verlag von Paul Wolff erschienen. Für die Redaktion verantwortlich zeichnet Professor Peter Stempfle in Wiesbad. Das Blatt hat das Format und die Aufmachung des „Wiesbacher Anzeigers“, der sein Erscheinen eingestellt hat und verkauft worden ist. Das Wiesbacher Tagblatt gibt an, in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen des Bezirks Wiesbad und seiner Nachbarbezirke vertreten zu wollen, darüber hinaus aber in freimüthiger Weise und unparteiischem Sinne an allen Ereignissen des täglichen Lebens Theil zu nehmen, ganz gleichgültig, ob sich die zu kritisierenden Vorgänge im heimwärtigen Bayern oder jenseits der weißblauen Grenzpfähle abspielen.

## Die „Kano“ das Werbeblatt für Offizierstellen in der Orgech.

Aus nachfolgenden Anzeigen erhellt man ganz klar, daß es sich beim „Kano“, dem Reichsarbeitsnachweis für Offiziere nicht um eine wirtschaftliche Unternehmung, sondern um ein Orgechunternehmen handelt.

(337.) Große Berliner Versicherungs-Gesellschaft sucht für verschiedene Bezirke Vorposten rührige Vertreter mit guten Beziehungen zu Stadt und Land. Auftragen an Major a. D. Harburg, Berlin.

(338.) Großzügiges Reklamewernehmen sucht Herren für die Reize nach Reutlingen, Ulm-Donau, Oberschwaben, Friedrichshafen, Sindau, Romping, Zingen, entweder als Vertreter oder auf eigene Rechnung bei Verkauf der Eigen. Näheres durch Hauptmann a. D. Böhmert, Ravensburg, Gladbachstraße 24.

(339.) Internat Christenlieb bei Müg. Neudorf, Ostpreußen sucht zwei Herren als Schutzbeamte ein. Freie Station und 300 Mark Monatsgehalt. Ferner zwei Eleven, die alle vorzunehmenden Arbeiten miteinander müssen. Freie Station. Der Bes. ist 2000 Morgen groß. Pferde, Kühe, Schweine und Schafzucht.

(340.) Eine Maschinenfabrik im Rheinland ist bereit, einen tüchtigen Offizier, 25 bis 30 Jahre, energische Persönlichkeit, möglichst der Pionier-, Verkehrs- oder Kraftfahrtechniker, zur Oberaufsicht über den gesamten Sicherheitsdienst, Feuerlöschdienst, Sanitätsdienst und nach Möglichkeit über die Kraftwagen, einzustellen. Bewerbungs-gesuche an „Kano“, Handbühnenstraße 44, Berlin.

(341.) Kabelewerl in Hannover stellt sofort erneut einen ehemaligen Verkehrs-Unteroffizier als Sachhabenden der Verpolizei ein. Gehalt wöchentlich 25 Mark. Bekleidungs- und Verpflegungsgeld. Näheres durch Hauptmann a. D. Böhmert, Hannover, Sternstraße 6, 2 Treppen.

(342.) Arbeitsgemeinschaft Kopsch sucht sofort eine große Anzahl Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften zur landwirtschaftlichen Arbeiten in Schlesien und Ostpreußen. Dauerstellung, gute freie Verpflegung und Unterbringung. Daraus 16 Mark Tagelohn; Gruppenführer 600 Mark pro Monat. Gütige Meldungen an „Kano“, Hannover, Sternstraße 6, 2 Tr.

(343.) Eine Besatzungs-gesellschaft in Berlin sucht ehemalige Offiziere für landwirtschaftliche und administrative Tätigkeit gegen Provision. Ferner beehrte Unteroffiziere, 30-50 Jahre alt, als Sachbeamte. Acht Stunden Dienst. Ueberstunden 5 Mark. Aufwands-geld 25 Mark. Ferner weitere 10 Mark mehr.

Aus diesen Anzeigen erkennt man durchaus klar, daß hier Offiziere in aller Eile gesucht werden zum Kampf gegen die Arbeiterschaft für Orgechunternehmungen angeworben werden.

## Orgech-Kommando im Reich.

Die Lage im Reich ist zwischen Hannover und Kassel geklärt und immer bedrohlicher. Die Orgech-Kommando sind immer noch in Bewegung. Die Orgech-Kommando sind immer noch in Bewegung. Die Orgech-Kommando sind immer noch in Bewegung.

Der 2. und 3. Tag sind in allen Teilen des Reiches Offiziere in großer Menge angeworben und haben überall die Einwirkung der Orgech-Kommando.

gerufen. Sie versammelten sich dann in den Wirtschaften der einzelnen Orte.

Die Orgech macht Ueberfälle, um zu beweisen, daß die Orgech nicht ungeschlagen ist. Der erste Ueberfall wurde auf den Generaldirektor Meyer der Maschinenfabrik Hilsfeld-Delligsen, der zweite Ueberfall geschah in der vorletzten Nacht auf die Frau des Gemeindevorsethers von Delligsen. Das Merk-würdigste an diesen „Ueberfällen“ ist, daß beiden nichts geraubt und nichts getan wurde, daß im Gegenteil die „Häuber“ sich höflich entschuldigten und die beiden laufen ließen.

In Langenspringen bei Hilsfeld hat sich ein Reiterverein aus ehemaligen Offizieren gebildet. Am Sonntag, den 28. August, fand dort eine Geländebewegung statt, an der viele Offiziere zu Pferd, Fuß und Rad teilnahmen. Auch die Maschinenfabrik Hilsfeld hat sich zu einer Uebung gesammelt. Sie haben ein regelrechtes Bivak aufgeschlagen und führten Gewehr- und Maschinen-gewehr mit sich.

Die Gefahr ist so groß, daß selbst der mehrheitssozialistische Landrat von Hilsfeld die Gefahr kommen sieht. Er hat erklärt, daß, sowie Stvo einziehe, er die gesamte Arbeiterschaft, von den christlichen bis zu den Kommunisten, zum Generalstreik aufrufen werde. Er wolle nicht zulassen, daß die Orgech unter dem Vorwand des Einschreitens gegen verdächtige Elemente die Orgech schütze.

Keine bürgerliche Zeitung hat bemerken können, was wir über die Orgech im Reich berichten. Das Einzige, was die Polizei gemacht hat, ist, daß sie Kriminalbeamte zur Ver-spiegelung unserer Genossen nach Hilsfeld geschickt hat.

## Verhinderung vor der Reaktion.

Die Regierung hat Angst, die Nationalisten mit den außer bei ein paar Zeitungsverboten noch nicht angewandten Verordnungen belästigt zu haben. Sie stellt deshalb schnell fest, daß sie im allgemeinen noch zu ihren Schreckensmaßnahmen gegen die Kommunisten steht, und läßt durch W. E. B. erklären:

In der Presse sind wiederholt Nachrichten über Begnadigung der am mitteldeutschen Aufstand beteiligten, durch die Sondergerichte verurteilten Personen verbreitet worden. Die Meldungen sind durchweg irreführend, insbesondere, soweit zahlenmäßige Angaben über die Begnadigungsfälle gemacht worden sind. Der Reichspräsident ist bei den Gnadenbewerben in Uebereinstimmung mit den in der Reichstagsresolution über die Begnadigung ausgesprochenen Grundsätzen verfahren. Es hat insbesondere eine Nachprüfung der durch die Sondergerichte verhängten Zuchthausstrafen stattgefunden, und hier hat die Gnadeninstanz in den geeigneten Fällen unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des einzelnen Falles, in größerem Umfang Umwandlung der erlassenen Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen, in einigen Fällen auch in Festungsstrafen eingetreten lassen. Die Behauptung, daß Leute, die durch Gewaltakte, Mordbrennerei oder andere gemeine Verbrechen an dem Aufstand beteiligt waren, begnadigt und aus der Haft entlassen worden seien, ist falsch. Der Reichspräsident wird bei der ersten Gelegenheit im Reichstag sich über die Handhabung des Begnadigungsrechtes äußern; eine zahlenmäßige Uebersicht über das Ergebnis der Gnadenverfahren wird dem Reichstag beschleunigt vorgelegt werden.

In der Öffentlichkeit wird auch die Nachricht verbreitet, daß Hölz begnadigt worden sei oder werden soll; eine solche Maßnahme ist niemals in Erwägung gezogen worden."

## Vollständiger Banterott der Koste-Politik.

Dr. Hannover, 3. September.

Oberpräsident Koste hat an die Bevölkerung der Provinz Hannover einen Aufruf erlassen, in dem er dringend vor Ausschreitungen aus politischen Gründen oder aus Erregung über angeblichen oder wirklichen Mangel in Lebensmitteln warnt. Gleichzeitig hat Oberpräsident Koste heute an die Regierungspräsidenten der Provinz Hannover folgenden Erlaß herausgegeben:

Bei Regimentsfeiern, Appellen usw. von Angehörigen des früheren Heeres sind Reden gehalten und Umgebungen veranstaltet worden, die zur gewalttätigen Aenderung der republikanischen Verfassung aufreizen und die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Reichs und des Staates in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich machen. Da zu befürchten ist, daß auch in Zukunft derartige Vorfälle eintreten werden, haben wir auf weiteres derartige Veranstaltungen in der Provinz Hannover zu untersuchen. Ich erlaube, die Polizeibehörden anzuweisen, auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August 1921 Regimentsfeiern, Appelle und ähnliche Veranstaltungen von Angehörigen des früheren Heeres mit vorstehender Begründung zu verbieten."

Dieser Erlaß ist die vollständige Banterottklärung der von Herrn Koste selbst eingeleiteten Politik. Er ist es doch gewesen, der alle reaktionären monarchistischen Offiziere heranzog, um mit ihnen das revolutionäre Proletariat zu weichen. Er ließ es geschehen, daß die Reichswehr ein Instrument der Konterrevolution in den Händen monarchistischer Offiziere wurde. Da erstmalig fand diese konterrevolutionäre Macht gegen Koste selbst Verwendung beim Kapp-Putsch. Koste sieht, daß diese Macht zum zweiten Male gegen ihn aufstehen will, er fühlt schon den Fußtritt. Da droht er den Konterrevolutionären in Waffen mit Erlaffen aus Papier. Sie werden sich nicht einschüchtern lassen, sie werden im geheimen fortsetzen, was sie bisher öffentlich taten.

Die Reaktion wird nicht befriedigt durch Erlaß der Behörden einer demokratischen Republik. Allein der Kampf der einzigen Arbeiterklasse wird sie zerschmettern und besiegen. Doch die reiche Arbeiterklasse wird auch nicht vergessen, zugleich mit denen aufzuräumen, die ihre Leiden so maßlos vergrößerten und viele Tausende der Tapfersten ungerührt morden ließen.

## Schwarz-weiß-roter Flaggenrummel in Lübeck.

Sie in ganz Deutschland, hatten die Arbeiter Lübeds am Mittwoch, den 31. August, gegen die Monarchie für die Republik eine machtvolle Kundgebung veranstaltet. An darauffolgenden Tagen kroch ganz Lübed vor schwarz-weiß-roten Fahnen. Die Arbeiter in den Betrieben wurden ob dieser Provokation außerst erregt. Eine Versammlung der Betriebsräte der Gruppe Metallindustrie wählte am Donnerstagabend eine Kommission, die beim Senat ein Verbot des Fests der Orgech-Kommando auf Grund des Obersten Erlaßes erwirken sollte. Die Kommission hatte natürlich kein Glück. Der Polizeikommandant Kopsch, Mitglied der SPD, erklärte sich zur Herausgabe einer solchen Verordnung außerstande. Oberreich sein Parteigenosse Dr. Leber, der Redakteur des hiesigen Organs der SPD, die entgegengesetzte Meinung vertrat. Dagegen fand der Senator Kopsch folgende Lösung der Frage. Er erließ eine Verordnung, nach der die öffentlichen Gebäude ver-schlossen werden, am Freitag morgen die schwarz-weiß-roten

Fahne, die Fahne der demokratischen Republik, für die seine Parteigenossen am Tage vorher demonstriert hatten, einzuziehen. Gleichzeitig wandte er sich an das Bürgertum mit der Bitte, nun seinerseits die Orgeschahnen verschwinden zu lassen.

Die Vollversammlung der Betriebsräte, der die „Lösung“ der Frage am Freitagabend vorgetragen wurde, war mit ihr natürlich nicht einverstanden. Es rief den Widerstand der Versammlung hervor, daß erst die Fahne der Republik verschwinden sollte, und dann erst die Fahnen der Orgeschahnen die ihrigen einziehen würden. Die Betriebsräte verlangten, daß sofort die schwarz-rot-goldenen Fahnen auf den öffentlichen Gebäuden zu hissen seien. Sie erweiterten ihre Forderungenmission und beauftragten sie, erneut mit dem Senat zu verhandeln. Im Falle der Erfolglosigkeit dieser Verhandlungen sollte die Kommission die Arbeiter in den Betrieben zur Überlegung der Arbeit und zur sofortigen Demonstration aufrufen.

Die Verhandlungen mit dem Senat zitierten das Resultat, daß der Senat beschloß, am Sonntag, den 4., und am Sonntag, den 11. September, auf den Staatsgebäuden schwarz-rot-goldene Fahnen hissen zu lassen. Gleichzeitig bittet er wiederum in einer Bekanntmachung die Bevölkerung Südbödens, d. h. das Bürgertum, im Interesse der Fortführung seiner nordischen Woche die schwarz-weiß-rote Flagge auf jeden Fall zu vermeiden.

Die Betriebsräte, die am Sonnabend vormittag erneut zusammentraten, faßten folgenden Beschluß:

„Die heute, am 3. September, tagende Betriebsräte-Versammlung Südböden erklärt sich mit dem von ihrer Verhandlungskommission Erreichten vorläufig einverstanden. Sollten entgegen der Bitte des Senats einzelne schwarz-weiß-rote Fahnen gehißt werden, so wird die gesamte Arbeiterschaft Südbödens sofort wieder dagegen Stellung nehmen.“

Während die Kommission noch verhandelte, hatten in drei der größten Betriebe Südbödens die Arbeiter die Arbeit niedergelegt und zogen im Demonstrationzuge durch die Stadt. In der Biederstraße entfernten sie eine dort noch hängende Orgesch-Fahne, die später am alten Bahndamme verbrannt wurde. Am alten Bahndamme sprachen dann noch Dr. Seher von der SPD. und unser Genosse Frank. Er sagte ungefähr folgendes: „Wenn jetzt auch die Orgesch-Fahnen verschwinden, so bedeutet das nur, daß die Reaktion, wie im November 1918, sich vertritt. Die Arbeiterschaft muß jetzt ganze Arbeit machen und dafür sorgen, daß der reaktionäre Spul endgültig verschwindet. Im Kampfe gegen die Reaktion würde das Proletariat die Kommunisten immer an seiner Seite finden.“

Nachgetragen zu werden verdient noch, daß die Erregung der Betriebsräte in der Freitagabendversammlung ihren Höhepunkt erreichte, als ein Mitglied der Kommission folgende Erklärung des sozialdemokratischen Volksheeren Mehrlein bekanntgab: „Wenn die Arbeiter zur Selbsthilfe schreiten, d. h. die Orgesch-Fahnen selbst entfernen würden, würde er die Sipo gegen die Demonstranten mobil machen, und dann seien die Folgen nicht abzusehen. Wir meinen, daß die Erregung der SPD-Genossen über diesen Ausdruck nicht ungenutzt verlaufen darf. Die SPD-Betriebsräte und unsere Genossen müssen ihn einem jeden Mitgliede der SPD zur Kenntnis bringen. Und die SPD-Genossen müssen mit diesem Mitgliede ihrer Partei, das ihrem Kampfe gegen die Reaktion die bewaffnete Macht des bürgerlichen Staates entgegenstellen will, Fraktur reden. Ist für solche Leute noch Platz in einer proletarischen Partei?“

### Soci mit den Monarchisten aus der Schupo.

Im preussischen Landtage ist folgende keine Anfrage von dem Genossen Dr. Meyer (Dippelshausen) eingebracht worden:

„An den monarchistischen Feiern und sonstigen konterrevolutionären Veranstaltungen der letzten Zeit haben sich wiederholt Offiziere der Schupo in voller Uniform beteiligt; so bei dem Frontkämpfertag im Stadion, Berlin.“

„In Hamburg hat ein Leutnant der Schutzpolizei seine Befreiung über die Ermordung Erzbergers unter schweren Beschimpfungen des Ermordeten als eines „Revolutionärschweins“ vor versammelter Hundertschaft ausgesprochen.“

Sind dem Staatsministerium diese Vorgänge bekannt? Wird das Staatsministerium entsprechend den Forderungen der gesamten Arbeiterschaft sofort alle monarchistisch und konterrevolutionär arbeitenden Elemente aus der Schupo entfernen?

Ist das Staatsministerium bereit, einen Ausschuss einzusetzen, bestehend aus Vertretern der drei Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, der die Regierung in der Durchführung dieser Reinigungsarbeit unterstützt?“

### Qualifizierte Gefangenenaufseher.

Zur preussischen Landtage hat unsere Fraktion folgende Anfrage gestellt:

„Zwei Pressereligionen sind im Untersuchungsgefängnis Schwelm zwei frühere Mitglieder des Aufod-Freikorps als Gefangenenaufseher eingestellt worden. Diese beiden Aufseher mit Namen Walter und Biskup sind vor längerer Zeit wegen brutaler Mißhandlung von wehrlosen Gefangenen anläßlich des Kapp-Aufstandes in Breslau zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Reichsgericht hat, zwar zu Unrecht, die beiden Freikorpsmitglieder amnestiert. Das dürfte aber kein Grund sein, den beiden Verurteilten erneut Gelegenheit zu Gefangenenaufseherstellen zu geben.“

Ist das Staatsministerium mit der Einstellung der beiden Gefangenenaufseher einverstanden? Oder will es die in der Anstellung liegende drohende Gefahr für die Fassung sofort beseitigen?“

### Brot für die Werkstätten!

Anträge der Kommunistischen Stadtverordnetenfraktion zu Kofod.

Die Stadtverordnetenfraktion der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe Kofod, beantragt, folgende Anträge auf die nächste Tagesordnung zu legen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: „Allen Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen wird von der Stadt billigeres Heizmaterial (Holz, Kohle und Braunkohle) geliefert. Weiter wird die Stadtverwaltung Lebensmittel aufkaufen und diese zu verbilligten Preisen an die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen abgeben.“
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: „Alle Arbeitslosen, die nicht von der Stadt beschäftigt werden können, erhalten während des Winters Holz, Kohle und Lebensmittel von der Stadt zu verbilligten Preisen. Die Stadtdiäten sind sofort wieder in Betrieb zu setzen, damit eine ungenügende Ernährung der Kinder der Erwerbslosen vorgekommen werden kann.“
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: „Zur Bänderung der Hungerkinder in Sowjetrußland, hervorgerufen durch die große Dürre, werden der Sowjetregierung einhunderttausend Mark von der Stadt zur Verfügung gestellt.“

### 4. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

„Da es der großen Masse der Bevölkerung nicht möglich ist, sich für den Winter mit Kartoffeln einzudecken, wird die Stadt beauftragt, ausreichende Mengen Kartoffeln für die arbeitende Bevölkerung einschließlich der kleinen Rentner, aufzukaufen und diese in geeignete Räume unterzubringen.“

### Ein Majestätsbeleidigungsgezet zum Schutze republikanischer Ehre.

Reichsanwalt Wirth hat in der Rede, die er am Sonntag in einer Zentrumsversammlung hielt, ein neues „Gesetz zum Schutze der politischen Ehre“ angekündigt. Dies Gesetz soll noch in diesem Jahre erlassen werden. Es soll dadurch geschaffen werden, daß man die Majestätsbeleidigungsparagrafen — zum Schutze derer von Gottes Gnaden — umarbeitet zum Schutze der „Repräsentanten der Volksherrschaft“. Es soll ein „staatliches Machtmittel zur Verhinderung der reaktionären Gege“ sein.

Die republikanisch-demokratische Regierung, von den Monarchisten bedroht, führt den Kampf gegen die Reaktion nur durch eine Reihe papierner Erlasse. Genau so wie die Ebert-Verordnung vom 29. August, ausdrücklich erlassen zur Bekämpfung der Reaktion, in den Händen monarchistischer Beamten schon heute dazu benutzt wird, die kommunistische Presse zu knebeln, so wird auch das „Schutzgesetz für politische Persönlichkeiten“ sich dahin auswirken, jede revolutionäre Kritik von seiten der Arbeiterpresse zu unterbinden.

Die Arbeiterschaft verlangt von der Regierung statt Worte Taten. Das Proletariat hat gezeigt, daß es bereit ist, zur Überwindung der Reaktion zu kämpfen. Die Regierung hat nicht die Macht, die Entwaffnung der Monarchisten vorzunehmen.

Nur durch die eigene Aktion und die eigenen Organe kann das Proletariat die Reaktion beseitigen. Die gesamte werktätige Bevölkerung wird Ausschüsse bilden, die darüber zu wachen haben, daß die Besprechung der Regierung, Entwaffnung der Reaktion, Säuberung der Verwaltung, auch wirklich durchgeführt werden.

### Diplomatischer Verkehr mit Sowjetrußland.

Berlin, 5. September.

Der deutsche Vertreter bei der russischen Sowjetregierung Dr. Wiedenfeld ist, wie wir hören, heute morgen nach Moskau abgereist.

Im Hinblick auf die politischen Gefahren, die die internationale Hilfsaktion der Bourgeoisie für das hungernde Rußland bringt, hat die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen von deutscher Seite aus erhöhte Bedeutung. Das allein das winkende gute Geschäft und die Furcht, vor den anderen kapitalistischen Staaten ins Hintertreffen zu geraten, die beschleunigte Aufnahme des diplomatischen Verkehrs mit Sowjetrußland veranlaßt, darüber läßt die bürgerliche Presse keinen Zweifel.

Die „B. Z.“ sagt dazu: „Uns scheint es wichtig und wertvoll, daß der deutsche Gesandte seinen neuen Moskauer Posten mit Bescheidenheit annimmt, damit das Deutsche Reich bei der großen internationalen Hilfsaktion für Rußland in angemessener Form in Rußland vertreten ist.“

Die Sowjetregierung, die verhindern wird, daß die konterrevolutionäre französische Bourgeoisie die Hilfsaktion für die Hungernden zur Unterstützung der Gegenrevolution benutzt, sie wird es auch nicht zulassen, daß die Angehörigen der deutschen Bourgeoisie unter dem Deckmantel der Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen, sich als Spione der Reaktion betätigen.

Sache der deutschen Arbeiter ist es, sich entschieden dafür einzusetzen, daß die diplomatische Vertretung der Sowjetregierung von nun an vor jeder polizeilichen Gehässigkeit ist. Sie ist in der gleichen Weise unantastbar wie die Vertretung eines jeden anderen Landes.

## Gewerkschaftliches.

### Die Kommunisten für die gewerkschaftliche Einheitsfront

(Vereinigung der Metallarbeiter in Halle.)

Wie vorausgesehen war, hat der erbitterte Kampf den die Halleische Metallarbeiterschaft seit mehreren Wochen gegen ein rücksichtsloses und brutales Unternehmen zu führen hat, die durch die Schuld des Hauptvorstandes vom DMB. in zwei Lager gespaltene Arbeiterschaft wieder zusammengeführt. Die Auffassung, die von den Kommunisten seit langem vertreten wird, daß die Vereinigung der Arbeiterschaft nur in gemeinsamem Kampf erfolgen kann und niemals das Werk einiger führenden Persönlichkeiten sein wird, hat sich hier vollauf bestätigt. Doch so sehr die Halleischen Metallarbeiter von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses durchdrungen waren, so wenig konnte es sich der Hauptvorstand verneinen, dem kommunistisch gesinnten Teil der Metallarbeiterschaft in der Vercherfeldstraße schwere und von wenig verständlichem Geist getragene Bedingungen zu stellen. Dieses Gebaren des Vorstandes angesichts der gegenwärtigen und der zukünftigen Kämpfe ist auf das schärfste zu verurteilen, um so höher muß dagegen die Einsicht der Kommunisten gewertet werden, die die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft unbedingt notwendige Einigung nicht an den unnötig harten Bedingungen des Vorstandes scheitern lassen wollten. Ueber die näheren Verhandlungen wird uns gemeinschaftlich.

Am 2. und 3. September 1921 fand in Halle a. S. zwischen Vertretern des Vorstandes des DMB. (Schaefer und Brandes) und Vertretern der beiden dort bestehenden Verwaltungen mit der zuständigen Bezirksleitung des DMB. eine Verhandlung statt, die zu folgendem Ergebnis führte:

1. Die im zweiten Vierteljahr aus dem DMB. ausgeschlossenen Mitglieder werden mit den gleichen Rechten, die sie beim Austritt aus dem DMB. hatten, wieder aufgenommen. Das trifft auch für die zu, die aus anderen freien Gewerkschaften in die Vercherfeldstraße übergetreten sind.
2. Die Vorstandsvertreter wollen sich dafür einsetzen, daß den Mitgliedern die in diesem Jahre ihre Schreie beendet haben und sich in der Vercherfeldstraße organisieren, diese Beitragswochen in Anrechnung gebracht werden.

Ueber die Anrechnung der Beitragsmarken bei alten Mitgliedern, die in der Vercherfeldstraße gezahlt haben, soll der Verbandstag entscheiden.

Die beiden Vorstandsmitglieder Brandes und Schäfer gaben ihr Einverständnis und wollen sich für die Anrechnung der Beiträge auf dem Verbandstag einsetzen.

3. Die für nichtwiederzunehmefähig erklärten Mitglieder, und zwar die Genossen: Weiser, Härtel, Kopf, Schwenkhaner, Weiler, Heinemann, Köppe, Mosebach, Vertel, Fehel, Japp müssen die Entscheidung des Verbandstages abwarten. Für einen Teil wollen die vorgenannten Vorstandsmitglieder die Wiederaufnahme empfehlen.
4. Die beantragte Neuwahl nach dem Verhältniswahlsystem kann erst erfolgen, wenn der Verbandstag eine Verhältniswahl beschlossen hat. Anträge dazu liegen von allen drei Fraktionen vor.
5. Die technischen Arbeiten für die Wiedervereinigung erledigen beide Verwaltungen.
6. Für die im Streit befindlichen Mitglieder der Verwaltung Vercherfeldstraße, welche am 5. September in den DMB. zurückkehrten, wird nach Ablieferung des Mitgliedsbuches die statutarische Unterstützung von der letzten Woche vor dem Uebertritt bezahlt.
7. Nach Uebernahme dieser Bedingungen gehen sämtliche Geschäfte sofort auf die alte Ortsverwaltung über. Die endgültige Ablieferung des Inventars, die Prüfung der Abrechnung usw. wird in Gegenwart eines Vorstandsmitgliedes erfolgen.

Wenn es trotz dieser Bedingungen zu einer Einigung gekommen ist, so hat sich der Hauptvorstand dabei sicher kein Verdienst zuzuschreiben. Schon unter Punkt 1 wird jede bisher übliche Geflogenheit über den Haufen geworfen, indem den Mitgliedern aus der Vercherfeldstraße ihre dort gezahlten Beiträge nicht angerechnet werden, sie vielmehr nur mit denselben Rechten, die sie im Frühjahr bei dem von Dikmann erzwungenen Austritt hatten, wieder aufgenommen werden. Hoffentlich wird der Verbandstag in Jena die unter Punkt 2 angebotene Möglichkeit der vollen Beitragsanrechnung einstimmig beschließen. Die schwerste und für die Kommunisten demütigendste Bedingung enthält der Punkt 3. Die Mitglieder der Vercherfeldstraße werden darin gezwungen, ihre bewährten Führer fallen zu lassen und ihre eventuelle Wiederaufnahme dem Verbandstag in Jena zu überlassen. Wir hoffen, daß dieser über die Sache etwas großzügiger urteilt und den Stachel, der in der jetzigen Vereinbarung noch zurückgeblieben ist, dadurch beseitigt, indem er einstimmig die Wiederaufnahme sämtlicher vom Vorstand ausgeschlossener Mitglieder beschließt, zumal Brandes vom Hauptvorstand und Schäfer von der Ortsverwaltung erklärten, daß sie sich in Jena für einen derartigen Beschluß einsetzen würden.

Die übrigen Punkte sind selbstverständliche Formalitäten. Am Sonnabend, den 3. September nahm eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Verwaltung Vercherfeldstraße zu der Vereinbarung Stellung. Nach ausgiebiger Diskussion wurde dieser zugestimmt, aber in einer Resolution gleichzeitig ausgesprochen, daß sie die Ausschließung der 11 Kollegen als eine politische Maßregelung betrachte. Außerdem wird die Nichtanrechnung der Mitgliederbeiträge mit den bisherigen Erklärungen des Hauptvorstandes als nicht übereinstimmend angesehen. Die Versammelten erwarten vom Verbandstag eine Revision der Vereinbarungen, die auch den letzten Rest von Zwietracht beseitigt.

### Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern unter dem Vorsitz des Ministers zwischen den Arbeitgebern des Stein- und Kohlenbergbaues und den Arbeitnehmerorganisationen zentrale Verhandlungen zur Regelung der schwebenden Lohnfragen statt. Nach mehr als 12stündigen Beratungen wurde für alle Reviere mit Ausnahme des bayerischen Bergbaues eine Verständigung über Durchschnittssätze der vom 1. September ab zu leistenden Lohnhöhlungen erzielt. Die Verteilung der durchschnittlichen Lohnhöhlungen auf die einzelnen Arbeitnehmergruppen bleibt den Tarifverhandlungen in den Revieren vorbehalten. Diese Verhandlungen sollen sofort aufgenommen werden.

### Tarifabschluss in der badischen Textilindustrie.

(WVB.) Freiburg i. B., 6. September.

In der badischen Textilindustrie ist es gestern abend zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages gekommen. Damit ist die unmittelbar drohende Gefahr eines Ausstandes der badischen Textilarbeiter beseitigt.

### Der Streit der Siegerländer Metallarbeiter.

Die Streitenden haben in einer Urabstimmung den geglätteten Schiedsspruch mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Der Streit geht weiter und ist in ein verschärftes Stadium getreten.

### Transportarbeiterstreik.

Streik der Transportarbeiter in der Berliner Zigarettenindustrie. Weil der Arbeitgeberverband jede Verhandlung über die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse systematisch verschleppte, beschlossen am gestrigen Sonnabend die Transportarbeiter, am Montag, den 5. September, in den Ausstand zu treten. Die Betriebe der Berliner Zigarettenindustrie sind daher bis auf weiteres für alle Transportarbeiter gesperrt.

### Die Amerikaner sprengen die Bauarbeiterinternationale.

Wie die „Volkszeitung“ meldet, ist bei dem gestern hier eröffneten Bauarbeiterkongreß Deutschland, Holland, Italien, Dänemark, Desterreich, Tschechoslowakei, Ungarn und Luxemburg vertreten. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Paccini wurde der Antrag der Italiener auf Zulassung der Vertreter des russischen Bauarbeiterverbandes abgelehnt, worauf die italienischen Delegierten den Saal verließen.

### Der kommunistische Genossenschaftler.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß der kommunistische Genossenschaftler Nr. 5 erschienen ist. Aus dem Inhalt haben wir hervor: 1. Zum internationalen Genossenschaftstag in Basel. 2. Selbst Sowjetrußland (Antrag im Berliner Genossenschaftsrat). 3. Die neue Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands. 4. Eine abgewürgte Rede zur Genossenschaftsinternationale. 5. Die 3. Internationale und die Genossenschaftler (Thesen des Moskauer Kongresses). 6. Zusammenfassung mit der christlichen Genossenschaftsinternationale. 7. Sozialistische Grundzüge. 8. Wie sich die USR. die Konsum-entwärtung denkt.

Der kommunistische Genossenschaftler kann bezogen werden bei Grauners Verlag, Berlin SW 11, Bismarckplatz 2, Eingangsportal 50 St. für das laufende Jahr 5 M.

# Russland.

## Beschwörung in Petersburg.

Moskau, 3. September.

Die Lebensmittelkrise sollte agitatorisch ausgenutzt werden. Individueller Terror sollte als Hauptwaffe im Kampfe gegen die Sowjetmacht angewandt werden. Waffen wurden aus Finnland geliefert, teilweise aus Petrograd herausgeschmuggelt. Die Petrograder Organisation bereitete Attentate auf den Vorsitzenden des Petrograder Gewerkschaftsrates Angelowitsch, auf den ehemaligen Kommissar der baltischen Flotte Kusmin, auf Maxim Gorkij und Sinajew vor. Ferner wurden auch Vorbereitungen zur Sprengung des Juges von Krasin getroffen, in dem sich Gold und Wertgegenstände befanden, die nach dem Auslande zum Ankauf von Lebensmitteln befördert wurden. Die Sprengung der Petrograder Kaphthalager "Kobal" und der staatlichen Holzfabrik waren vorbereitet.

### Das ausländische

Zentrum der weißgardistischen Organisation befand sich in Paris

und bestand aus General Wladimir, dem Helfershelfer Juberitsch, dem Rabatten Kartaschow und dem ehemaligen zaristischen Minister Kowalzew, schließlich den bekannten Konterrevolutionären Struwe und Zwanitzki. Das finnische Zentrum bildete der Rebell der Helsinki-er Zeitung "Neues russisches Leben" und ehemalige Rektor der Petrograder Universität, Professor Grimm, und der Leiter des zaristischen Roten Kreuzes

in Finnland, Professor Seidler. Neuerdings gewann General Wrangel die Oberhand in den Pariser Zentren. Die russischen Industriellen im Auslande haben die Finanzierung der weißen Organisationen auf dem Territorium Sowjetrußlands übernommen. Aus den Aussagen der Verhafteten ging einwandfrei hervor, daß die Konterrevolutionäre, welche sämtlich monarchistische Ziele verfolgen, den Widerstand der Bauernmassen gegen die monarchistische Restaurierung

### offene monarchistische Restauration

in Betracht zogen und es vorgezogen haben, sich hinter die sozialrevolutionäre Propaganda für parteilose Sowjets zu verbergen. Die parteilosen Sowjets sollten zu einem Uebergang zur bürgerlichen Diktatur ausgefaltet werden.

Das Petersburger Konterrevolutionäre Komitee fand in Verbindung mit den ehemaligen Leitern des Kronstädter Aufstandes. Kronstädter Seelente waren auch diesmal ins Komplotz hineingezogen.

Amerikanische, finnische und französische Spionage war unmittelbar beteiligt.

Die Untersuchung ergibt immer weitere Beweise der Verbindungen mit ausländischen Organisationen, und wird die Aufdeckung des gesamten Spindelapparates im Auslande und in Rußland zur Folge haben.

Sämtliche aktive Teilnehmer der Beschwörung haben die verbürgte Strafe erhalten.

## Der Kampf in Polen.

Durch ganz Polen geht jetzt eine große Streikbewegung. Es ist die bittere Not, die die Proletarier der verschiedensten Industrien zum Kampf angetrieben hat. Je mehr die wirtschaftliche Zerrüttung Polens fortschreitet, desto unerschämter heitende Klassen bis aufs letzte anzuhäuten.

Dabei gibt noch die Regierung genügend Geld aus für die Einrichtungen, die dazu dienen, das Proletariat niederzuknüppeln. Noch immer nimmt der Etat des Kriegsministeriums den größten Raum im Staatshaushalt ein. Die Ansrüstung der Offiziere von der Wohnung bis zur letzten Stiefelschleife und bis zum letzten Zerkentuch wird von der Regierung geliefert.

Der schamlose Wucher, die unerhörte Leterung hat die Empörung der Arbeiterklasse auf das höchste gesteigert. Die Regierung vertritt die Einführung von Höchstpreisen. Sogar die PPS fordert die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft.

Doch das genügt der Arbeiterklasse nicht. Kennzeichen für die Stimmung der Arbeiterklasse ist selbst in die Kreise der PPS hinein ist eine Resolution, die auf einer Konferenz der PPS in Warschau angenommen wurde. In dieser Resolution heißt es:

Die Arbeiterklasse Polens ist genötigt zu den härtesten Mitteln der Selbsthilfe und des Kampfes zu greifen. Es geht hier nicht nur um Lohnhöhungen, die aus dem Wege der Streiks erzwungen werden und die nicht dem Streigen der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs folgen können, sondern auch um einen jährigen Kampf, der vor keinem Mittel zurückschreckt gegen die Regierung Witos und das Schiebertum!

Trotz der Sabotage treten immer größere Massen in den Kampf. In ganz Polen sind ein Eisenbahnerstreik statt. In vielen Orten kämpfen die Arbeiter noch weiter fort, als der Verband schon den Streik abgeblasen hatte. Die Eisenbahner streiken in Lodz, Warschau, Sosnowitz, Zosnowitz. In Polen streiken die Postboten. In Galizien erlangten die Kohlenarbeiter 65 bis 75 Prozent Lohnerhöhung. In Warschau streiken die städtischen Arbeiter und Angehörige. Es streiken die Arbeiter der Zigarettenfabriken. Die Zigarettenarbeiter haben ein Ultimatum an den Magistrat gestellt. Die Schneider streiken Lohnforderungen. Die Warschauer Metallarbeiter sind zur Arbeit zurückgekehrt. Bei der Abstimmung über Weiterführung oder Abbruch des Streiks stimmte eine feste Mehrheit für Weiterführung des Streikes.

Die Regierung geht mit den härtesten Mitteln gegen die streikenden Arbeiter vor. In Polen wurden während des Eisenbahnerstreiks mehrere Jahrgänge Eisenbahner mobilisiert und unter Kriegsrecht gestellt. In Warschau ist die Lechenschaft (dort PPS genannt) eingekerkert worden, die unter militärischem Schutz arbeitet. Mehrere wurden Verhaftungen von Streikenden vorgenommen. Die Lechenschaft fordert ein direktes Auftragsrecht und eröffnet eine weitere kommunistische. Der "Kobal" und die PPS können der Gegenrevolution dabei tatkräftige Hilfe. Auch wie hat der "Kobal" in die kommunistischen Kreise, und wie solche kommunistischen Kreise angereicht wie gerade jetzt. Die Kämpfe, die die polnische Arbeiterklasse jetzt führt, werden sie jedoch vertreiben, allen offener und verheerender Streichen zum Trotz.

## Das spanische Proletariat tritt in Aktion.

Die Massenaktion des spanischen Proletariats gegen den maurischen Krieg in Marokko hat begonnen. Die aus Paris gesendet wird, daß die Arbeiter des wichtigen Substanzgebietes von

### Witbas in den Generalstreik

Witbas in den Generalstreik

# Proletarische, schaffende Frauen!

## Proletarische, schaffende Mütter der ganzen Welt!

Euer Leben ist ein Hungerleben; ihr kennt das Bösen des lüchernen Fingers der Not an eurer eigenen Türe; Krankheit und Kummer schreiten über eure niedrigen Schwellen tagaus, tagein.

Wo aber finden Flüchtende einen warmen Herd, wo teilt man den letzten Bissen Brot mit dem Hungrigen, wo gibt es immer noch ein Kleidungsstück für den gänzlich Entblößten?

Bei euch — ihr Schaffenden, mütterlichen Frauen der ganzen Welt!

In Rußland pocht die Not nicht bloß an die Türe; in Rußland hat Elend und Hunger sich in den Hütten der Bauern und in den Häusern der Arbeiter breit niedergelassen. Furchbar ist ihre Geißel für 25 Millionen Menschen, für 6½ Millionen Kinder.

Soweit ihr lesen könnt, proletarische schaffende Frauen der ganzen Welt, lest ihr auf den letzten Fetzen Zeitungspapier Schilderungen von der Not der Hungernden in Rußland.

Nehmen wir an, daß der Himmel allein schuld sei, ehern, regenlos, erbarmungslos, wie er diesen Sommer war.

Nehmen wir an, daß nicht hagerfällte prassende Gold- und Herrschsüchtige dem revolutionären Rußland alle Hilfe hertverweigerten, weder Hammer noch Nagel, weder Pflug noch Lokomotive gaben, weder Chemikalien noch Bücher schickten, welche die heiße Aufbaubarbeit des Sozialismus hindern wollten.

Mit Fug und Recht könnten wir behaupten, daß die Ausbeuter, die Kapitalisten aller Länder schuld sind an der furchtbaren Not in Rußland; schuld daran sind durch ihre hartnäckige Blockade, schuld daran sind durch die Zerstörung, die ihre weißen Heere verurachten. Die Soldaten aller Welt haben Rußland ausgehungert, gieriger als Heuschreckenschwärme, erbarmungsloser als die Dürre, zehrten sie im Land des Brotes alles auf, hinterließen sie Jammer und Seuchen und trostlose Armut.

Proletarische, schaffende Frauen! Halten wir uns nicht auf mit Anklagen, helfen wir!

Ihr habt nichts? Unendliche Schätze ruhen in euren arbeitsamen Händen, in euren willigen Herzen, in euren erfahrungreichen Köpfen.

Arbeitende Frauen Englands! Gestählt wie ihr seid durch die jahrhundertliche Frauenarbeit in den Fabriken und euer mühseliges Schaffen im Heim, durch eure und eurer Männer harten und langen Kämpfe mit dem Kapital — wißt ihr noch, was Solidarität ist? Habt ihr nicht an der Spitze gekämpft, als die englischen Proletarier das imperialistische Raubtier abwehrten mit dem mächtigen Hufeisen der Hand von Sowjetrußland! Beweist jetzt eure kluge Einsicht in dem Kampf eurer russischen Brüder, indem ihr Kohlen schickt und Lebensmittel.

Frauen des alten kulturellen Frankreich! Krieg und Not hebrüden euch seit langen Jahren! Wendet ab das siegreiche Schwert der französischen Militärs von der Brust eures proletarischen russischen Bruders. Macht weit durch schwererliche Hilfe, was eure Mächthaber verschuldeten. Trost aller Not und Plünderung — reich seid ihr,

zwischen den streikenden Arbeitern und den Gendarmen. Bisher wurde ein Arbeiter getötet und zehn verwundet. Zur selben Zeit haben die ausländischen Marokkaner den allgemeinen Angriff auf die spanischen Truppen in Melilla eröffnet. Mit der Abschaffung von weiteren tausenden von spanischen proletarischen Soldaten ist in Marokko zu rechnen, wenn die Aktion der Arbeiterklasse insgesam dem Kriege nicht halt gebietet.

Im Gebiete von Witbas haben die Kommunisten trotz schwerer Verfolgungen vollkommen die Herrschaft in der Arbeiterklasse gewonnen. Der hartige Bergarbeiterverband mit 10000 Mitgliedern ebenso wie der Metallarbeiterverband mit 15000 Mitgliedern haben völlig unter kommunistischem Einfluß. Die kommunistische Partei hat zusammen mit der Jugendorganisation im Gebiete von Witbas gegen 4000 Mitglieder. Schon am 2. Juli hatten die Arbeiter des Substanzgebietes von Witbas einen vierundzwanzigstündigen Generalstreik als Protest gegen das Marokko-Abenteuer durchgeführt. Nun sind sie erneut in Aktion getreten.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Spaniens richtet einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder, der unter anderem eine Überzucht über die Lage der Arbeiter in Spanien gibt:

Die Periode der Klassenharmonie schloß mit dem Generalstreik im August 1917 ab. Aber lange hatte die "Konföderation National de Trabajadores" den Kampf um das richtige Klassenprogramm gebracht, kann war die kommunistische Partei Spaniens geboren, die die jähliche Hauptrolle des reformistischen Sozialismus entlarvte, so jähliche sich die Bourgeoisie an die Arbeiterklasse.

### Unerschütterliche Verfolgungen

begonnen, die gegenwärtig den Grad der höchsten Grausamkeit erreicht haben. Die Nachrichten der bürgerlichen Presse, die aus Vertuschung der Wahrheit unterzogen ist, auch selbst nicht eine Andeutung der schrecklichen Zustände kann eine Idee von dem Grad der Grausamkeit geben, mit der die kapitalistische Klasse die revolutionäre Bewegung unterdrücken will. Alle Elemente, die sich revolutionär betätigen, alle Kämpfer der kommunistischen Partei sind ihrer Freiheit beraubt und in ihrer Ehre beharrt und gefährdet. Die Arbeiter in allen Städten sind voll mit Gefangenen gegen die keine andere Anklage erhoben wird, als daß sie Mitglieder einer Klassenkampf-Organisation sind. Jeder der als Proletarier bekannt ist, muß des höchsten Lobes durch einen Polizeibeamten eines von der Regierung angehaltenen bezahlten Banditen genötigt sein.

Die Gewerkschaften erhalten 25 nur im Schein, haat der Seite und gigantischen Ernie unserer Gefangen. Die heftigsten Gefangen werden immer wieder "auf der Flucht ergriffen", neuerdings wurde Emilio Real, Generalsekretär der "Konföderation National de Trabajadores", der in Barcelona eingekerkert war, eines nachts in Freiheit gesetzt. Wenn hätte er einen Schritt aus dem Gefängnis getan, als er durch einen Arbeiterstreik niedergedrückt wurde. Auf der Polizei werden die Verhafteten barbarisch misshandelt, je auf dem Kopf der höchsten Militärschäbe in Barcelona ist mehr als ein Gefangener ermordet worden.

Während sich all dies abspielt, während die Reihen des Proletariats ihr Leben lassen, führt eine Arbeiterorganisation,

Proletarierinnen, schaffende Frauen Frankreichs, wenn ihr geben wollt.

Frauen Deutschlands! Wieviele austrangierte Werkzeuge und Kleinmaschinen gibt es in den Rumpellammern eines so stark industriellen Landes wie Deutschland! Arbeitsame, kluge Arbeiterinnen, Hausfrauen Deutschlands! Könnnt ihr nicht aus Kleibern Kleidchen machen, aus Strümpfen Socken? Könnnt ihr den habgierigen deutschen Besitzern die kostbaren unersehblichen Medikamente nicht nehmen, nun, so könnnt ihr doch einiges davon kaufen. Nehmt von eurem lergen Wochengehld einen ganz kleinen Teil und schaffst Arzneien für Rußland an. Rettet die Choleraerkranken und die an Typhus Schmachtlenden!

Ihr Frauen Italiens, der Schweiz, Nordamerikas, Argentiniens und Australiens! Frauen der Kornkammern, der reichlichen Milch und des Fleisches! Millionen großer hungriger Kinderaugen schauen auf euch. Mütter, könnnt ihr nicht ein Stücklein Brot mehr schneiden für einen kleinen russischen Kindermund?

Frauen in Holland und dem reichen Skandinavien! Ihr habt zu essen gehabt, während in Steben herolshreit entsetzlichen Hungerjahre eure russischen Schwestern und Brüder Uebermensliches litten.

Helft mit euren lergen Mitteln, proletarische, schaffende Frauen der ganzen Welt! Helft mit eurer Riesenkraft, ihr Millionen und Abermillionen von Frauen, die ihr wißt, was Mißsal und Not ist.

Schwefelern der Arbeit! Zittert euer Herz nicht darum, daß der hohlhängige Hunger mehr zusammenschlägt, als ein Land? Müßt ihr nicht fürchten, daß mit Rußland, dem proletarischen Rätestaat, das einzige Land der Mütter und Kin' er in die Gefahr kommt, zu fallen?

Die schaffenden Frauen Rußlands steigen empor aus Unwissenheit und Erniedrigung, sie sind die einzigen befreiten Frauen der Welt.

Kinder in Rußland sind der Augapfel des Staates! Mütterheime, Kinderkrippen, großzügige Erziehung — weitgehender Schutz für Mutter und Kind würde vom Erdboden verschwinden, wenn Rußland denen zum Opfer fällt, die mit Pharisäerinnen zu helfen vorgeben, während sie nur die Aufrichtung des Kapitalismus in Rußland erstreben.

Proletarierinnen, Bäuerinnen Rußlands, Schwestern der ganzen Welt, sie kämpfen für Sowjetrußland, sie wollen Sowjetrußland erhalten. Sie wissen, daß ihr proletarisches Mutterland der kostbare Hort der Freiheit der Frau ist.

Schützt das proletarische Mutterland, ihr schaffenden Frauen der ganzen Welt!

Nicht ein larges Almosen dem Bettler geben, ist eure Hilfe. Kein, das Blut eurer schmachtenden Brüder und Schwestern verteidigt ihr. Euren starken Helfern im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, greift ihr unter die Arme!

Eure Zukunft, euer Hoffen verteidigt ihr, indem ihr Mutterland im Kampfe gegen den Hunger beisteht. Schaffende Frauen und Mütter der ganzen Welt! Herzen auf und helfende Hände in Bewegung!

## Das Frauensekretariat der Komm. Internationale.

S. A.: Clara Zetkin.

die "Union General des Trabajadores" ganz indifferent den Klassenkampf. Die spanische Fiskale der Gelben Ansterdamer Internationale vollführt ihre Pflicht, indem sie ihr Werk schwächlichen Verrates übt.

Nichtbestoweniger marschirt das spanische Proletariat mit unerhörtem Enthusiasmus seinen schweren Weg, auch den Tod und alle Opfer nicht scheuen. Vollkommen unterdrückt, wendet sich die spanische kommunistische Partei an die Arbeiter aller Länder, um ihnen zu sagen, daß auf der Iberischen Halbinsel das Proletariat unerhört leidet, weil es seine Pflicht tut. Vergesst nicht: Das spanische Proletariat erfüllt seine Pflicht, möge jeder von euch die seine erfüllen. Es lebe die russische Sowjetrepublik!

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Spaniens.

## Die Bergarbeiterkämpfe in Amerika.

(CC.) Newyork, 3. September.

Die letzten Kämpfe zwischen Bergarbeitern und Polizei dauerten die ganze Nacht. Die Streikenden zwangen die Polizei, sich zurückzuziehen. Als Verstärkungen eintrafen, wurde der Kampf mit verdoppelter Heftigkeit wieder aufgenommen. Die Polizei und die Bergarbeiter hatten Maschinengewehr, und die Verluste auf beiden Seiten waren groß. Das amerikanische Kriegsministerium hat den Bundesstruppen den Auftrag gegeben, in das Bergwerksgebiet von Virginien abzuziehen. Man glaubt nicht, daß Präsident Harding einwirken den Belagerungszustand über dieses Gebiet verhängen wird.

Dem Ephege Telegraph zufolge soll die Zahl der durch Hungertode der Bundesstruppen getöteten Bergarbeiter 200 betragen.

Der Präsident des Verbandes der vereinigten Bergarbeiter John Lewis hat dem Präsidenten Harding die Verhaftung abgegeben, der Verband werde

mit der Regierung zusammenarbeiten, um dem Bergarbeiterkrieg in Virginien ein Ende zu setzen. In diesem Sinne ist denn auch bereits ein Schreiben des Verbandes an die anführerischen Bergarbeiter ergangen, in dem ihnen angetragen wird, wieder zu gelegentlichen Zusammenkünften zurückzukehren und sich ruhig zu verhalten. (Der Kriegsminister hat schon die Truppen konzentriert, die den Hungeranstrengt niederzuzwingen sollen. Die Gewerkschaften werden eueren Segen.)

In den Vereinigten Staaten hat sich nach den neuesten Meldungen die

Zahl der Arbeitslosen auf 5,7 Millionen erhöht. Von dem Ansehuk der Erwerbslosenfrage in Newyork wird die Arbeitslosenzahl auf 19 bis 20 v. H. der Arbeiterschaft geschätzt. Nach einer Aufzählung an das Internationale Arbeitsamt laut der Befragungsstab in den Vereinigten Staaten für 1928 Untersuchungen mit 1,6 Millionen Arbeitern im Juli um 1,1 Prozent.

Meßfieber.

In Deutschland herrscht Meßfieber. Neben Leipzig, Frankfurt, Königsberg und Breslau haben auch Kiel und Wesel zum ersten Male zu einer Mustermesse ein. Dazu kommen die Fachmessen: eine Textilmesse in Hamburg, eine Blumenmesse in Nürnberg, in Berlin nacheinander eine Papiermesse, eine Möbelmesse, eine Tabakmesse, eine chemisch-technische Messe und eine Gastwirksamesse. Die bedeutendste, zugleich auch die älteste unter allen ist die Leipziger Messe, die am 28. August begonnen hat und am 3. September ihr Ende erreicht. Wenn sie natürlich auch nicht die Wichtigkeit und Bedeutung besitzt, die ihr die Handelsagenten der Bourgeoise und Lokalpatrioten beizulegen versuchen, so gibt die „Große Leipziger“ doch ein gewisses Spiegelbild der jeweiligen wirtschaftlichen Lage.

In den Jahren der Nachkriegskonjunktur 1919 bis Frühjahr 1920 fanden die Messen unter dem Zeichen des Ausverkaufes. Das war ein Geschäft! Die Absatzmöglichkeiten schienen unbegrenzt zu sein. Die Preise stiegen unaufhaltsam. Trotz der ungeheuren Not, die im eigenen Lande herrschte, wurde fast nur an das Ausland geliefert. Der „Tag“ Nr. 396 schreibt darüber: „Auf den Ausverkaufsmessen des Jahres 1919 hatte sich das Unerfreuliche gezeigt, daß der deutsche Handel das Wettrennen um die deutsche Ware unter Führung des ausländischen mitmachen mußte. Der deutsche Händler mußte, genau wie der ausländische es konnte, zu jedem Preis einkaufen und Aufträge auf sticht große Mengen geben, nur um nicht zu kurz zu kommen. Er mußte es sich gefallen lassen, daß er vom Verkäufer ungnädig behandelt wurde, weil dem ja doch mehr an großen Exportkunden lag.“

Die Frühjahrsmesse 1921 fand unter wesentlich anderen Umständen statt. Die Weltkrise, die im Herbst 1920 in China und Japan eingestiegen hatte, hatte sich über alle Länder ausgebreitet. Die Produktion wurde überall eingeschränkt, die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter stieg, die Preise stürzten. Nach dem „Federal Reserve Board Bulletin“ sanken die Großhandelspreise im Mai 1921 im Vergleich zu den Preisen im Mai 1920 um die folgenden Prozentsätze:

Table with 2 columns: Country and Percentage. Includes Vereinigte Staaten (46%), England (37%), Kanada (30%), Australien (26%), Frankreich (40%), Schweden (39%), Japan (29%), Norwegen (20%), Deutschland (45%).

Burden die Möglichkeiten der bisherigen Schuldentfortsetzung für Deutschland schon durch das bei weitem stärkere Fallen der Preise in allen Ländern und das allmähliche Steigen des deutschen Marktkurses sehr eingeschränkt, so griffen nach und nach alle Länder zu Schutzmaßnahmen, um die deutsche Konkurrenz völlig auszuschalten. In den Siegerstaaten kam diese Tendenz bei den Reparationsverhandlungen zum Ausdruck in der Londoner Konferenz und der Aufhebung der Sanktionen, vor allem der geplanten 50prozentigen Exportabgabe. Die Wirkung auf die Frühjahrsmesse war, daß trotz aller Anpreisungen und Klammern, trotz aller guten Probestellungen so gut wie nichts verkauft wurde. Der „Lokalanzeiger“ schreibt über den Ausgang dieser Messe:

„So wurde die Frühjahrsmesse, die wahrscheinlich hinsichtlich ihres geschäftlichen Erfolges eine mittelmäßige Messe hätte werden können, auf das Empfindlichste gekürzt.“

Stand die Frühjahrsmesse unter der Wirkung einer völligen Stagnation der Produktion im Ausland wie im Inland, so hat sich das Bild bei der Herbstmesse wesentlich verändert. Kein äußerlich zeigt die Messe einen weit stärkeren Besuch als in vergangenen Jahren. Gegenüber 4000 Ausstellern im Jahre 1913 sind diesmal 15 000 Aussteller und mehr als 100 000 Einkäufer vertreten, an Ausländern vor allem Schweden, Holländer, Engländer, Amerikaner, Italiener und Spanier. Das Regengeschäft selbst steht unter dem Zeichen einer neuen Konjunktur. Die Messe ähnelt den Ausverkaufsmessen im Jahre 1919/20.

Die Weltkrise ist in den außerdeutschen Ländern noch nicht überwunden und die neue Konjunktur ist allein auf Deutschland beschränkt. In Japan liegen heute noch fast sämtliche Seidenwebereien still. 73 Farbstoff-Fabriken haben geschlossen. Während in früheren Jahren von der Kohle-Produktion nur wenige tausend Ballen übrig zu bleiben pflegten, beträgt der unverkäufliche Vorrat diesmal 85 000 Ballen. Die Einfuhr des Halbjahres zeigt einen Wert von 817 Millionen Yen; die Ausfuhr einen solchen von nur 563 Millionen Yen; die Zahlen für die entsprechende Zeit des Vorjahres sind 1615 Millionen Yen und 1138 Millionen Yen. In Amerika hat sich die Zahl der Arbeitslosen auf 5,7 Millionen erhöht. In der Eisen- und Stahlindustrie wird der Beschäftigungsgrad auf nur 20 bis 30 Prozent der normalen Leistungsfähigkeit geschätzt. Nach der letzten Aufstellung beträgt die Zahl der englischen Arbeitslosen 1 375 000. Hierbei sind nicht mit eingerechnet die Personen, die nur auf halbe Zeit beschäftigt sind

und deren Zahl 444 000 beträgt. In der Steingutindustrie sind von 50 000 Arbeitern 35 000 arbeitslos. Für die französischen Hochöfen und Hüttenwerke wird fortbestehende Betriebserschwerung gemeldet; insbesondere wird von Arbeiterbetriebslegung bei den Hüttenwerken im Westen von Nancy berichtet. In Belgien hat nach der „Revue Travail“ die Arbeitslosigkeit weiter zugenommen. Von 637 000 Mitgliedern der Arbeitslosenklassen waren 204 000 arbeitslos, das sind 32 Prozent gegenüber 31 Prozent im vorhergehenden Monat.

Machen sich auch in diesen und in den anderen Ländern geringe Anzeichen der Besserung geltend, so sind die Absatzmöglichkeiten doch immer noch so schwierig, daß die Hochschulzollbewegung weiter um sich greift. Neben den Erhöhungen der Zollsätze in Frankreich, Spanien und Italien verlangen jetzt auch die dänischen Industrier Antidumping-Gesetze. Nach einer Sabas-Meldung aus Australien sind „wegen der deutschen Anstrengungen, den australischen Markt zu erobern, besonders auf dem Gebiete des Klavierhandels, die Zollsätze um 10 Prozent erhöht.“

III.

Trotzdem aber hat sich in Deutschland das Geschäft in allen Industriezweigen in den letzten drei Monaten stark belebt. Die Eisen- und Stahlwerke im Rheinland sind bis zu 50 und 60 Prozent ihrer Leistungsmöglichkeit beschäftigt gegenüber nur 25 Prozent in den vergangenen Monaten. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ Nr. 205 vom 2. September schreibt:

„Die seit einigen Wochen am Eisenmarkt eingetretene Geschäftsbesserung hält an. Der Auftragsbeleg bei den Werken ist zurzeit so stark, daß die Aufträge in den normalen Fristen nicht mehr erledigt werden können. Selbst große Werke, die sonst prompt zu liefern pflegen, sehen sich gezwungen, sich längere Liefertermine von mehreren Monaten auszubedingen.“

Die Textilindustrie hat sich zu Lieferungen bis zum Frühjahr nächsten Jahres verpflichtet. Was die Lage bei den Webereien betrifft, so werden die Fabriken mit Aufträgen geradezu bestürmt und die meisten Werke dieser Art sind bereits für das erste Quartal 1922 voll ausverkauft. Unter anderem hören wir, daß die Mechanische Weberei Jittau sogar bis Ende Mai 1922 ihre Fabrikation voll verschlossen hat.“ (Schwarzenblatt vom 3. September 1921.) Die Vereinigung deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarnen macht bekannt, daß sich die Zahl der in der Garnindustrie beschäftigten Personen seit Jahresfrist mehr als verdoppelt hat und die Betriebe überall vergrößert werden. „Die Nachfrage übersteigt noch immer die Produktion.“

Wie sich diese neue Tätigkeit in der deutschen Industrie an der Börse bemerkbar macht, geht aus folgender Tabelle hervor, die die Kursgewinne von nur zwei Tagen zeigt („DZ“ Nr. 413):

Table with 3 columns: Item, 29. Aug., 2. Sept. Includes Deutsche Waffen und Munition (770, 950, 180), Linde-Hotmann (595, 790, 195), Rhein. Metallwaren (565, 600, 35), Thale Eisenhütte (1525, 1800, 275), Pomona (2800, 3350, 550), Norddeutsche Volkswirtschaft (1000, 1100, 100).

Die Arbeitslosenziffer ist weiter zurückgegangen. Der erreichte Stand ist seit Mai der niedrigste. In den Arbeiterfachverbänden kamen auf 100 vom Bericht erfasste Mitglieder

Table with 3 columns: Month, 1919, 1920, 1921. Includes Januar (6,6, 3,4, 4,5), Februar (6,0, 2,9, 4,7), März (3,9, 1,9, 3,7), April (5,2, 1,9, 3,9), Mai (3,8, 2,7, 3,7), Juni (2,5, 4,0, 3,0), Juli (3,1, 6,0, 2,5), August (3,1, 5,9, —), September (2,2, 4,5, —), Oktober (2,6, 4,2, —), November (2,9, 3,9, —), Dezember (2,9, 4,1, —).

Die „Tägliche Rundschau“ Nr. 413 vom 4. September gibt folgendes zutreffendes Bild von der Wirtschaftslage:

„Die deutsche Industrie ist gegenwärtig mit Auslandsaufträgen überreichlich bedacht. In allen Werken, die für die Ausfuhr geeignete Erzeugnisse herstellen, wird sieberhaft gearbeitet. Die vorhandenen Warenbestände werden mit Leichtigkeit abgesetzt; die Rohstoffe werden unter günstigen Bedingungen verarbeitet; die Löhne ziehen zwar kräftig an, bleiben aber zunächst noch hinter der Steigerung der Warenpreise zurück. So ergeben sich erhebliche Betriebsüberschüsse...“

IV.

Wie ist es dem deutschen Kapital wieder möglich geworden, sich auf dem Weltmarkt Eingang zu verschaffen trotz der Schutzmauern und der fallenden Weltmarktpreise? Die Unterbietung aller Konturrenten wurde einmal möglich durch die seit März stetig wachsende Entwertung der deutschen Mark. Es wurden gezahlt:

Table with 2 columns: Exchange Rate, 28.7, 12.8, 16.8, 3.9. Includes für 1 Dollar (61, 62,65, 66, 64,1, 81, 82, 90, 89), für 1 Pfund (237, 245, 262, 250, 289, 302, 348, 229), für 100 Gulden (2125, 2161, 2320, 2200, 2477, 2557, 2882, 279).

Die Gründe für dieses Sinken liegen klar zutage. Bis zum 31. August mußte die erste Reparationsmilliarde geleistet werden. Die Bezahlung geschah: 1. durch Kredite, die das Reich gegen Verpfändung des Silberschatzes von Holland erhielt. Die Kredite sind kurzfristig und müssen in der nächsten Zeit zurückgezahlt werden; 2. durch Verkauf von Devisen; 3. durch Abgabe von 68 Millionen Mark aus dem Goldschatz. Die Folge dieser Operationen war eine ungeheure Vermehrung des Papiergeldes, das nach dem letzten Bankausweis auf 78 Milliarden Mark angewachsen ist. Dieses Anstücken der Papiergeldmasse bedeutete eine ungeheure Senkung der Lebenshaltung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die eine notwendigerweise mit der Vermehrung der Noten einsetzende Preissteigerung nicht durch eine entsprechende Lohnerhöhung ausgleichen konnten. Wir haben es hier mit einer indirekten Lohnerhöhung zu tun.

Der zweite Grund dafür, daß das deutsche Kapital billiger produzieren kann, liegt in der gesteigerten direkten Ausbeutung des Proletariates. Während nach der oben zitierten Aufstellung des „Federal Reserve Board“ der Preisfall in allen Ländern sich zwischen 20 und 40 Prozent bewegte, blieben in Deutschland die Preise zum größten Teil auf derselben Höhe; zugleich aber wurden bis vor kurzem in allen Industriezweigen Lohnkürzungen in erheblichem Maße vorgenommen. Die „Times“ vom 22. August schreibt über die deutschen Lohnverhältnisse:

„Die Erklärung für die niedrigen deutschen Warenpreise findet man in der höheren Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter bei einer gleichzeitigen niedrigeren Lebenshaltung. Im allgemeinen zeigen die deutschen Löhne eine achtsfache Steigerung gegenüber den Friedenslöhnen oder die Hälfte der Steigerung der Preise.“

Wie diese Herabdrückung der Lebenshaltung auf breite Kreise der Lohn- und Gehaltsempfänger gewirkt hat, geht aus der Veröffentlichung der Sparfahrscheinlagen hervor. Nach der „DZ“ Nr. 411 vom 2. September 1921 betrug die Zunahme der Einlagen nur 400 Millionen Mark gegenüber 1200 im Jahre 1920 und 900 im Jahre 1919. Der Kommentar der „DZ“ dazu lautet:

„Zum Teil haben hierbei die großen Abhebungen auf die Beamtengehälter mitgewirkt. Bei der großen Teuerung werden diese Gehälter schneller aufgebraucht als in den Vorjahren.“

In welcher Weise es den deutschen Kapitalisten so gelungen ist, die Konkurrenz von den Märkten zu verdrängen, geht aus folgender Meldung des „Vorwärts“ vom 31. August hervor:

„Kürzlich vergab die bulgarische Regierung Bestellungen auf 260 gedeckte Güterwagen und 200 Kohlentransportwagen. Nach Berichten französischer Zeitungen werden an ihr 12 deutsche, 3 französische, 2 belgische, 3 italienische, 3 tschechoslowakische und eine ungarische Firma beteiligt.“

Die „Weltwirtschaftszeitung“ Nr. 34 vom 26. August 1921 berichtet über die Lage auf dem britischen Markt: „Deutschland war imstande, seine Waren oft um 40 bis 60 Prozent billiger als alle anderen Länder anzubieten.“

Und auch die Leipziger Messe steht zum größten Teil unter diesem Zeichen der Weltkonjunktur. Der Absatz im Inland wird durch die steigende Teuerung immer mehr eingeengt. Dafür bringt der Auslandsabsatz steigende Gewinne. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ brüden dies so aus:

„Auf der Leipziger Messe soll das Ausland nicht überbetont werden. Aber der Fabrikant wird gut tun, um allen Hemmungen und Nachteilen zu entgehen, seine Kalkulationen auf einer guten, gewinnbringenden Grundlage aufzubauen.“

Wenn auf der Leipziger Messe das Ausverkaufsgeschäft noch nicht seine höchste Blüte erreicht hat, so liegt dies an den zu hohen Schutzollmauern. Mit der weiteren Geldentwertung fällt auch dieses Hindernis. Dieses Fallen der Mark tritt notwendig ein, solange der Etat des Reiches (die Kriegsschulden) nicht durch einen Eingriff in die kapitalistischen Vermögen, sondern durch Verrechnung des Papiergeldes ins Gleichgewicht gebracht wird. Der letzte Finanzausweis zeigt eine Zunahme der schwebenden Schulden um 1800 Millionen Mark in zehn Tagen. Seit Beginn des Finanzjahres stiegen die schwebenden Schulden auf 197 Milliarden Mark.

Je mehr Papiergeld gedruckt wird, je mehr die Mark fällt, um so besser das Geschäft für die Kapitalisten. Die Folgen tragen die Arbeiter aller Länder, die deutschen, die bei angestrengter Arbeit verhungern, und die ausländischen, die als Arbeitslose auf der Straße liegen bleiben. Der „Tag“ Nr. 413 schreibt ganz richtig:

„Der deutsche Wettbewerb behindert die darniederliegende Industrie des Auslandes an einem Wiederaufkommen. Unzählige Fabriken im Ausland liegen still. Die Zahl der Arbeitslosen wächst. Ist hier ein Tiefpunkt erreicht, unter den es nicht mehr hinabgeht, dann wird man im Ausland Ruhe vor uns haben, ebenso wie wir bei uns Ruhe, Grabesruhe haben werden.“

Die Existenzmöglichkeit des deutschen Kapitals aber ist nur auf diesem Wege gewährleistet. Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Zeiten entgegen. Lohnerhöhungen allein können sie nicht retten. Was nützt ihr der um Weniges erhöhte Lohn, wenn als Folge davon die Preise um so mehr steigen oder ein Teil des Lohnes durch Steuern weggenommen wird. Sie müssen vor allem versuchen, die Produktion selbst unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Die vier Tage des Jean Gourdon.

Von Emile Zola.

„Bei Gott, das heißt in diesem Falle: bei dir, und ich glaube an deine Güte. Du nimmst dich zu, daß Babet mich nicht vergiftet. Ich gehe fort, um für sie zu arbeiten.“ Da zeigte mein Onkel Lazare noch einmal in das heiße, goldige, von Licht überflutete Tal hinaus. „Sieh dort die Hoffnung“, sagte er. „Sei nicht so oft wie ich, Jean. Vergiß meine Ermahnung, sei so unwillig wie das Land. Es denkt nicht an den Herbst: es gibt sich ganz der Freude hin, ist ganz Lächeln; es arbeitet sorglos und müde. Es hofft.“

Langsam gingen wir durch das Gras, das die Sonne schon getrocknet hatte, nach dem Pfarrhaus und sprachen dabei bewegt von der nahen Trennung. Das Frühlild war kalt geworden, wie ich's vorausgesehen hatte; aber das machte mir nichts. Ich hatte jedesmal, wenn ich zu meinem Onkel Lazare ausließ, Tränen in den Augen. Und wenn ich an Babet dachte, klopfte mein Herz zum Zerpringen.

Ich erinnere mich nicht, was ich den Tag über getan habe. Ich glaube, ich bin gegangen und habe mich unter meinen Weiden am Ufer des Flusses ausgebreitet. Mein Onkel hatte recht, die Erde arbeitete. Als ich das Ohr an den Rasen legte, glaubte ich unaufrichtige Geräusche zu hören. Und so träumte ich mir mein Leben. Bis zum Abend lag ich im Gras und malte mir mein Leben voll Arbeit aus, zwischen Babet und meinem Onkel Lazare. Die kraftvolle Jugend der Erde durchdrang meine Brust, die ich fest an die gemeinsame Mutter schmiegte, und ich hatte Augenblicke, da ich mir einbildete, eine der kräftigen Weiden zu sein, die rings um mich lebten. Am Abend konnte ich nichts essen. Mein Onkel fühlte zitterndes

die Gedanken, die mich ersticken, denn er tat, als bemerke er meinen geringen Appetit nicht. Sobald ich aufstehen durfte, eilte ich wieder hinaus.

Ein frischer Wind wehte vom Fluß herüber. Dunkelrotes Licht fiel vom Himmel. Das Tal lag wie ein Schattensee, uferlos, sanft und durchsichtig. Unbestimmte Geräusche füllten die Luft, eine Art leidenschaftlichen Zitterns, gleichsam ein gewaltiges Flügelgeschlagen, das über meinem Kopfe dahinjagte. Scharfe Düste stiegen von den Kräutern auf.

Ich war gegangen, um Babet zu sehen; ich wußte, daß sie jeden Abend ins Pfarrhaus kam, und legte mich also hinter einer Hecke auf die Lauer. Ich war nicht mehr so schön wie am Morgen; ich fand es ganz natürlich, daß ich sie da erwartete, da ich sie liebte und ihr meine Absichte mitteilen mußte.

Als ich in der hellen Nacht ihre Köde erblickte, trat ich geräuschlos vor. Dann sagte ich leise: „Babet, ich bin es, Babet.“

Sie erkannte mich nicht gleich und machte eine erschrockene Bewegung. Als sie mich erkannte, schien sie noch tiefer zu erschrecken, was mich sehr wunderte.

„Sie sind es, Herr Jean? Was machen Sie denn hier? Was wollen Sie?“

Ich trat zu ihr und ergriff ihre Hand.

„Sie lieben mich, nicht?“

„Ich! Wer hat Ihnen das gesagt?“

„Mein Onkel Lazare.“

Sie war wie erstarrt. Ihre Hand zitterte in meiner. Da sie Anstalten machte, fortzuliegen, ergriff ich auch ihre andere Hand. Nun standen wir einander gegenüber in der Art Hehle, die die Hecke dort bildete, und ich fühlte ihren leuchtenden Atem, der heiß über mein Gesicht lief.

„Ich weiß nicht“, stammelte das junge Mädchen, „das habe ich nie gesagt... Der Herr Pfarrer hat nicht recht gehört. Lassen Sie mich los, um Gottes willen, ich habe keine Zeit.“

„Nein, nein, ich fahre morgen ab, und Sie müssen mir versprechen, daß Sie mich immer lieb behalten.“

„Sie reisen morgen fort?“

„Oh, dieser süße Ausschrei! Biebiel Liebe wußte Babet in ihn zu legen! Mir ist, als hörte ich heute noch ihre erregte Stimme, die voller Verzweiflung und voller Liebe war.“

„Sehen Sie“, rief ich, „Onkel Lazare hat doch die Wahrheit gesagt. Er lügt nie. Sie haben mich lieb, Sie lieben mich, Babet. Ihre Lippen haben es heute morgen ganz leise meinen Fingern anvertraut.“

Sie mußte sich an die Hecke niederlegen. In meiner Erinnerung lebt noch das Bewußtsein dieses ersten Liebesgeplauders in seiner andächtigen Unschuld. Babet hörte mir wie eine kleine Schwester zu. Sie hatte keine Furcht mehr und vertraute mir die Geschichte ihrer Liebe an. Und da gab es feierliche Schwüre, naive Gefändnisse und Kläne ohne Ende. Nur mich würde sie heiraten, schwur sie, und ich, ich schwur, daß ich mit ihr Hand durch Arbeit und Liebe verdienen wollte. Eine kleine Grille hinter der Hecke begleitete unsere Worte mit ihrem hoffnungsvollen Liede; das ganze Tal flüsterte im Dunkel und freute sich daran, daß wir so süß miteinander sprachen.

Wir trennten uns und vergaßen dabei, einander zu küssen. Als ich mein kleines Zimmer wieder betrat, hatte ich das Gefühl, ich hätte es seit einem Jahre nicht mehr gesehen. Dieser kurze Tag erschien mir von ewiger Dauer in meinem Glück. Es war mein Frühlingstag, der mildeste, der den zartesten Duft meines Lebens trug, und dessen Erinnerung heute die ferne und bewegte Stimme meines frühen Lebens ist.

(Fortsetzung folgt.)

